



**KOMMENTAR**

# Schöne Aussichten für die nächsten Jahre

**Der neue Koalitionsvertrag von SPD und CDU lässt nur einen Schluss zu – schöne Aussichten für die Polizei und die innere Sicherheit nicht nur für das kommende Jahr, sondern für die nächsten fünf Jahre.**

Schon die ersten Äußerungen von Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) nach der Landtagswahl verdeutlichten seine Haltung zur Polizei und ließen erahnen, in welche Richtung es gehen wird. Aber haben die Bürger unseres Landes wirklich Polizei und Innere Sicherheit abgewählt, oder dominierten in diesem Jahr nicht einfach nur bundespolitische Themen? Die Antwort kennen wir und die Antwort kennt Herr Sellering. Aber all das spielt jetzt keine Rolle mehr. Die Menschen haben gewählt und der Koalitionsvertrag ist unterschrieben. Und selbstverständlich trägt er maßgeblich die Handschrift der SPD und nicht die des Juniorpartners. Und das ist deutlicher denn je zu spüren. Streckenweise konnte ich beim Lesen nur mit dem Kopf schütteln.

**Beispiele gefällig?**

Die ersten Passagen zur Polizei gehen noch runter wie Öl. Jede Menge Lob seitens der Koalitionäre, denn Lob kostet bekanntlich nichts. Und jetzt haben wir's auch schwarz auf weiß: Polizistinnen und Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern leisten hervorragende Arbeit. Die Straftaten im Land gehen seit Jahren zurück, die Aufklärungsquote ist hoch, und so weiter, und so weiter, ...

Etwas später folgt die Feststellung, die Polizei habe insbesondere in den letzten Jahren zusätzliche Belastungen und einen erheblichen Aufgabenzuwachs erfahren. Auch gegen diese Position habe ich nichts einzuwenden, kommt doch die GdP schon seit Jahren zur selben Feststellung. Aber genau an dieser Stelle trennen sich dann schon unsere Wege und es kommt zur Nagelprobe. Statt der einzig logischen Schlussfolgerung, angesichts der zunehmenden Belastungen die Polizei zu stärken, kommt jetzt ein doppelter Rittberger, indem die Koalitionäre feststel-

len, dass derzeit eine „Absenkung“ des Personalbestandes nicht möglich ist.

Ja, richtig gelesen! Die Koalitionäre denken mit Blick auf zusätzliche polizeiliche Belastungen ernsthaft über eine weitere Reduzierung nach. An dieser Stelle könnte man fast den Eindruck gewinnen, alle Politikerwitze wären war.

Auch der folgende Verweis auf die ungünstige Altersstruktur in der Landespolizei und das Erfordernis von 150 zusätzlichen Stellen kommt ziemlich gequält daher und reißt es nicht mehr heraus. Wer nun mit dem Spatz in der Hand zufrieden sein wollte und sich stattdessen mit der Mücke begnügt, sagt sich: Naja, wenigstens haben sie erkannt, dass wir überaltert und durch den Dienst krank gemacht worden sind.

Alles in allem ein schwacher, nichtsagender Koalitionsvertrag, der viel



**GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher**

über das Verhältnis der Landespolitik zur Polizei aussagt.

Andererseits bleiben aber für die Polizei wenigstens noch Brosamen. Die Kolleginnen und Kollegen beim Verfassungsschutz und der Justiz gehen gänzlich leer aus. Insbesondere Letztere haben sich wohl mit ihrem Kampf gegen die Gerichtsstrukturreform den Zorn eines einzelnen Herrn zugezogen.

Und wem diese „Weihnachtsgeschenke“ noch nicht reichen, die Kennzeichnungspflicht soll auch noch eingeführt werden.

Eine schöne Bescherung.

**Euer Christian Schumacher**

**WWW.WIR-BRAUCHEN-VERSTAERKUNG.INFO**

06/11/15 23:11:35

**„Cool!  
 Die Polizei hat  
 kaum Leute,  
 die Streife fahren.“**

Deutschlands Kriminelle freuen sich: In den letzten Jahren wurden 16.000 Stellen bei der Polizei gestrichen. Schluss damit! Unterstützen Sie uns:

wir-brauchen-verstaerkung.info

Gewerkschaft der Polizei



# Innere Sicherheit für die Koalitionäre wieder eine Nullnummer?

**Mit großer Enttäuschung blickt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU. „Sicherheit für die Bevölkerung scheint für die zukünftige Landesre-**



## REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Januar 2017 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 1. 12. 2016. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangte eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

**gierung in Mecklenburg-Vorpommern kein wichtiges Thema zu sein. Andere Bundesländer und auch die Bundes-SPD gehen da viel entschlossener zu Werke“, so der Landesvorsitzende der GdP, Christian Schumacher.**

Polizeibeschäftigte fehlen an allen Ecken und Kanten. So beträgt zum Beispiel die Wartezeit auf die Polizei selten weniger als eine Stunde.

„Die Stimmung in den Revieren ist am Nullpunkt“, so Schumacher weiter. „Meine Kolleginnen und Kollegen hatten von der neuen Landesregierung eine deutliche personelle Aufstockung der Polizei erwartet. Die 555 von der CDU geforderten Stellen waren schon minimalistisch. Die jetzt beschlossenen zusätzlichen 150 Polizisten sind nicht einmal der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein.“

## SPD: Wahlergebnis „klar“ gegen mehr Polizisten

„Wenn Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) aus verhandlungstaktischen Überlegungen gegenüber der CDU verlauten lässt, die Bevölkerung hätte sich mit dem Wahlergebnis „klar“ gegen mehr Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern ausgesprochen, dann mag das seine Position gegenüber dem zukünftigen Koalitionspartner stärken, wenn diese Auffassung aber zukünftiges Regierungshandeln bestimmt, ignoriert er eine Vielzahl von Umfragen, in denen sich die Menschen in unserem Bundesland klar und deutlich für mehr Polizisten aussprechen. Dass in diesem Wahljahr Bundesthemen den Wahlkampf bestimmten, kann er jetzt nicht den Polizistinnen und Polizisten anlasten“, so Schumacher weiter.

Jahrelang ging der Abbau von 1000 Stellen in der Landespolizei einher mit einem stetigen Aufgabenzuwachs. Arbeitsintensive Aufgaben wie Demonstrationen, Abschiebungen, Bekämpfung der Cybercrime oder der Schutz vor Terrorismus bestimmen zunehmend den Arbeitsalltag der Polizei. Dass das nicht folgenlos bleiben konnte, muss jedem klar sein. Ein Ergebnis:

## Frohe Weihnachten und ein gesundes Jahr 2017!

*Der GdP-Landesbezirk wünscht seinen Mitgliedern ein friedvolles und ruhiges Weihnachtsfest.*

*Möge das neue Jahr 2017 für Euch das mit sich bringen, was Ihr Euch von ihm erhofft, vor allem Glück, Zufriedenheit und Gesundheit!*

*Darüber hinaus möchten wir die Gelegenheit nutzen, um an dieser Stelle „Danke“ zu sagen – und zwar all jenen Kolleginnen und Kollegen, die an den Feiertagen arbeiten müssen!*



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

**Geschäftsstelle:**  
Platz der Jugend 6  
19053 Schwerin  
Telefon: (0385) 20 84 18-10  
Telefax: (0385) 20 84 18-11

**Redaktion:**  
Verantwortlicher Redakteur  
für das Landesjournal  
Mecklenburg-Vorpommern  
Marco Bialecki  
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die  
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38  
vom 1. Januar 2016  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



ERGEBNIS DER KOALITIONSVERHANDLUNGEN

# Koalitionsvereinbarung ist sicherheitspolitischer Offenbarungseid

Gegen eine weitere Kennzeichnungspflicht – egal, wie sie aussieht!



Als „sicherheitspolitischen Offenbarungseid“ bezeichnete am 17. Oktober 2016 der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörn Liebig, den Entwurf der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU.

**Polizisten sind keine Straftäter!**  
 gegen eine ~~0815~~ Kennzeichnungspflicht



Die Erfahrung zeigt: Für das namentliche Ermitteln von Polizeibeamten ist eine Kennzeichnungspflicht nicht notwendig.

Liebig wörtlich: „Im Bund und in den Ländern mehren sich angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage die Forderungen, vor allem auch durch die SPD, nach einer Verstärkung der Polizei. Nur in Mecklenburg-Vorpommern stehen die Uhren wieder einmal still. Statt auf die zunehmenden Belastungen der Polizistinnen und Polizisten zu reagieren, werden diese durch Einführung einer Kennzeichnungspflicht kriminalisiert. Ohne Not und vor allem ohne Anlass folgen SPD und CDU linken Forderungen.“

Besonders der CDU wirft die GdP Wortbruch vor

„Was ist noch von den Forderungen des Innenministers und CDU-Spitzenkandidaten Lorenz Caffier übrig?“, so Liebig weiter. „Die Koalitionsvereinbarung trägt ausschließlich die Handschrift der SPD, die offensichtlich ein gespanntes Verhältnis zur Polizei hat. Die CDU jedenfalls durfte höchstens noch die Pünktchen setzen. Fakt ist, dass jetzt Justiz, Verfassungsschutz und Polizei wieder jahrelang auf Verstärkung warten dürfen.“

Der Landesvorstand

## Blau-Weiß-Rote Hilfe Rostock begrüßt Kennzeichnungspflicht

Kennzeichnungspflicht für Polizisten endlich auch in Mecklenburg-Vorpommern



Hallo Hansafans,

im neuen Koalitionsvertrag der SPD-geführten Landesregierung, mit der CDU als Juniorpartner, soll in der nun anstehenden Legislaturperiode eine Kennzeichnungspflicht für Beamte der Landespolizei eingeführt werden. Nachdem 2014 ein Antrag der Grünen in dieser Sache am Widerstand der von Lorenz Caffier geführten CDU im Landtag gescheitert war, muss der Innenminister nach dem erneuten

Wahldebakel für seine Partei kleinere Brötchen backen. So heißt es im Koalitionsvertrag unter Punkt 384: „Es wird eine zur nachträglichen Identitätsfeststellung geeignete Kennzeichnung von Beamtinnen und Beamten in geschlossenen Einheiten der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern eingeführt.“

Wie das konkret aussehen wird und wann wir tatsächlich individuelle Kennzeichen an der Uniform der Polizisten bei Fußballspielen sehen, bleibt zunächst offen. Trotzdem sollen künftig auch Beamte der Bereitschaftspolizei und Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten (BFE), die in der Vergangenheit während der Arbeitszeit besonders häufig durch strafbare Handlungen aufgefallen sind, identifizierbar werden.

Wir als Blau-Weiß-Rote Hilfe begrüßen diese Vereinbarung ausdrücklich und fordern eine möglichst baldige Umsetzung.

Eure Blau-Weiß-Rote Hilfe Rostock

Bildquelle: Internet Screenshot



## GdP M-V unterstützte Initiative

Polizeidelegationen aus ganz Deutschland bekunden ihre Solidarität

**Nach dem kaltblütigen Mord an einem 32-jährigen Polizeibeamten durch einen 49-jährigen sogenannten Reichsbürger in Georgensgmünd in Bayern, fand am 29. Oktober 2016 in Nürnberg um 15 Uhr ein ökumenischer Trauergottesdienst statt.**



**(Fast) Überall in Deutschland stehen die Streifenwagen still. Polizisten am Fahrbahnrand gedenken in stiller Anteilnahme dem erschossenen Kollegen des SEK Nordbayern (hier die Kolleginnen und Kollegen des PHR in Neubrandenburg).**

Der Gottesdienst in der Lorenzkirche (Lorenzer Platz 1) wurde von der Nürnberger Regionalbischöfin Elisabeth Hann von Weyhern, Oberkirchenrat Detlev Bierbaum sowie Weih- und Polizeibischof Dr. Bernhard Haßlberger zelebriert. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hielt die Traueransprache.

### Schweigeminute der Polizei

Neben dem Landespolizeipräsidenten Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer und dem mittelfränkischen Polizeipräsidenten Johann Rast nahmen Abordnungen aller Verbände der bayerischen Polizei am Trauergottesdienst teil. Außerdem waren Delegationen von Polizeibehörden aus ganz Deutschland sowie aus dem Ausland vor Ort, um ihre Solidarität zu bekunden.

Als besonderer Ausdruck der Trauer und Verbundenheit fand zu Beginn des Trauergottesdienstes eine Schweigeminute statt. „Alle Polizistinnen und Polizisten der bayerischen Polizei können zu diesem Zeitpunkt innehalten und ihrem getöteten Kollegen gedenken“, hatte

der bayerische Innenminister angekündigt. „Je nach Einsatzgeschehen halten dazu beispielsweise auch Streifenfahrzeuge am Fahrbahnrand an.“ Als Zeichen der Solidarität und Anteilnahme hatten laut Herrmann bereits Polizeien anderer Bundesländer vorab angekündigt, sich ebenfalls an der Schweigeminute zu beteiligen.

Innenminister Lorenz Caffier hat am 25. Oktober 2016 die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei, aufgerufen, sich an dem bundesweiten Aufruf einer geplanten Schweigeminute der bayerischen Polizei zu beteiligen. „Alle Polizistinnen und Polizisten, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind herzlich eingeladen, der Schweigeminute beizuwohnen, um gemeinsam innezuhalten, ein Zeichen der Trauer um denjenigen zu setzen, der in der Erfüllung seines Dienstes zu Tode kam, und ihr Mitgefühl mit den Hinterbliebenen zu bekunden“, so Innenminister Lorenz Caffier.

Wir die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern, unterstützen diese Initiative.

## Glückwunsch

„Es ist gut, wenn uns die verrinnende Zeit nicht als etwas erscheint, das uns verbraucht, sondern als etwas, das uns vollendet.“ (Antoine de Saint-Exupéry)

Herzlichen Glückwunsch: Ein ganz neues Jahrzehnt wartet auf Euch! Zu den Runden gratulieren wir unseren Kreisgruppenmitgliedern Anja Wolf nachträglich und Jeannette Foth sowie Nikolaus Kramer recht herzlich. Möge das nächste Jahrzehnt gesund verlaufen und Euch viel Glück und Freude bringen. Lasst Euch verwöhnen und feiert schön.

Außerdem wünschen wir unseren erneut frisch gebackenen Eltern Josefine Hille und Arne Zarbock und dem kleinen Nachwuchs alles Gute.

**Euer Kreisgruppenvorstand**

### SOCIAL MEDIA

## GdP M-V auf Facebook

**Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.**



[www.facebook.com/gdp.mv](http://www.facebook.com/gdp.mv)

### HINWEIS

#### Änderungsmitteilung

**Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.**

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)  
Landesbezirk M-V  
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin,  
oder:**

- per Fax an: 03 85/20 84 18-11  
- per E-Mail: GdPMV@gdp.de



LANDESSENIORENVORSTAND

# Was gibt's Neues bei den Senioren?

**Der erweiterte Vorstand traf sich zur Herbstsitzung in den Räumen des Polizeipräsidiums Neubrandenburg, der früheren BDVP. Deren Charme erinnert, bis auf einige Ausnahmen, an längst vergangene Zeiten. Das war aber nebensächlich, denn es ging um den Stand der Seniorenarbeit im Land. Wo stehen wir und welche Aufgaben sind für das Jahr 2017 zu planen? Was ist für unsere Senioren von Belang und was nicht?**

Neben dem Erfahrungsaustausch über Aktivitäten in den Kreisgruppen und der Berichterstattung zur Bundesseniorenfahrt stand auch dieses Mal der Umgang mit den polnischen Senioren als Tagesordnungspunkt auf dem Plan. Festgelegt wurde, dass auf der Basis individueller Gespräche mit Vertretern der Region Stettin und Swinemünde sondiert wird, ob ein Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit besteht oder nicht. Danach wird weiter entschieden. Noch interessanter waren Informationen vom Treffen der Vertreter des Nordverbundes, welches in Magdeburg stattgefunden hat. Den Kollegen aus Sachsen-Anhalt war es gelungen, die Sozialministerin des Landes für eine Fragestunde zu gewinnen. Natürlich stand bei den ostdeutschen Kollegen die Rentenproblematik im Vordergrund. Angleichung der Renten: ja oder nein?

Laut aktueller Planung des Bundes würde mit einer Angleichung der Renten die Höherbewertung der Ostrenten wegfallen. Damit würde es für den Niedriglohnssektor zu erheblichen Einschränkungen in der Altersversorgung kommen, weshalb die Gewerkschaften gegenwärtig dem Plan ihre Zustimmung versagen. Zu dem Thema sind interessante Ausführungen auf der neu gestalteten Internetseite der GdP zu finden, siehe „Ostrentengipfel“.

Zur Einbeziehung des VP-Verpflegungsgeldes in die Rentenberechnung konnten die Magdeburger Kollegen nichts Neues mitteilen. Seit 1991 sind im Land Klagen der GdP anhängig. Im Zusammenhang mit der Bereitstellung der neuen APS-Broschüre wurde auf die veränderte Rechtsprechung bei der Formulierung der Patientenverfügungen hingewiesen. Jeder, der eine Patientenverfügung erlassen hat, sollte prüfen, ob sie den neuen Erfordernissen entspricht.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Senioren zeigt, dass man seine Freizeit in den Reihen der GdP sinnvoll verbringt, Freude hat und gemeinsam aktiv sein kann. Wie es scheint, führt das auch zu einer konstanten Mitgliederzahl bei den Senioren in unserem Land. Aus den Rei-

hen des Vorstandes kam der Vorschlag, Senioren vorzustellen, die besonders aktiv und auch bereit sind zu schildern, wie interessant und abwechslungsreich der Ruhestand gestaltet werden kann. Dieser Vorschlag wird in Absprache mit dem Landesredakteur der DP, Marco Bialecki, umgesetzt werden.

Im Namen aller Vorstandsmitglieder wurde Renate Randel (siehe Foto) Seniorenvertreterin der KG Neubrandenburg und von Bernd Voß zu ihrem 65. Geburtstag herzlichst gratuliert. Neben



Gesundheit und persönlichem Wohlergehen wünschten ihr die Tagungsteilnehmer weiterhin tolle Ideen für die GdP-Arbeit.

Der Seniorenvorstand wünscht auf diesem Wege allen Ruheständlern ein beschauliches und friedliches Weihnachtsfest und für 2017 alles Gute, vor allem Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

**Peter Anders**

## KREISGRUPPE LBPA/LPBK M-V

# Herzlichen Glückwunsch zum 40-jährigen Gewerkschaftsjubiläum

**Die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei im LBPA/LPBK M-V gratuliert unserem Kollegen und Urgestein der Bereitschaftspolizei, Lutz Ullrich, recht herzlich zum 40-jährigen Gewerkschaftsjubiläum am 1. Oktober 2016.**

Lutz Ullrich wird den meisten Lesern des Landesjournals der Deutschen Polizei aus seiner langjährigen Tätigkeit in der Dienstküche der Polizei in Waldeck bekannt sein. Über Jahre bis zur Schließung der Dienstküche war er in verantwortungsvoller und leitender Funktion dafür verantwortlich, dass bei polizeilichen Großeinsätzen/Großlagen unsere Polizeikollegen aus M-V und die Kollegen aus den unterstützenden Bundesländern während dieser Einsätze gut versorgt wurden. Zahlreiche Unterstützungseinsätze in anderen Bundesländern hat er zusammen mit den anderen Kollegen der Dienstküche erfolgreich gemeistert und gut hinter sich gebracht, u. a. mehrfache Castortransporte in Gorleben. Nach Schließung der Dienstküche versieht er gegenwärtig seinen Dienst als Logistiker in der BFE. Wir wünschen unserem lieben Kollegen Lutz Ullrich weiterhin alles Gute, viel Glück, Gesundheit und Erfolg.

**Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei im LBPA M-V/LPBK M-V**



# Übergewicht durch Überstunden

**Krankenschwestern und -pfleger arbeiten unter harten Bedingungen. Auf die Dauer ist das nicht gesund und verursacht Übergewicht. Ein Problem, was sicherlich nicht nur auf die Gesundheitsberufe zutrifft. Unregelmäßige Arbeitszeiten, Nachtarbeit und Überstunden können wohl auch im Bereich der Polizei die Gesundheit gefährden.**

Um die Gesundheit von Menschen in Gesundheitsberufen ist es oft nicht gut bestellt. Das liegt auch an langen und unregelmäßigen Arbeitszeiten, wie eine Studie von Amit Kramer und Jooyeon Son von der University of Illinois zeigt. Die Wissenschaftler haben repräsentative Daten von 644 Krankenschwestern und -pflegern in den USA ausgewertet. Diese waren zwischen 1992 und 2010 unter anderem zu Arbeitszeiten, Zufriedenheit und Gesundheit befragt worden. Aufgrund des langen Untersuchungszeitraums konnten die Forscher schleichend verlaufende gesundheitliche Veränderungen feststellen.

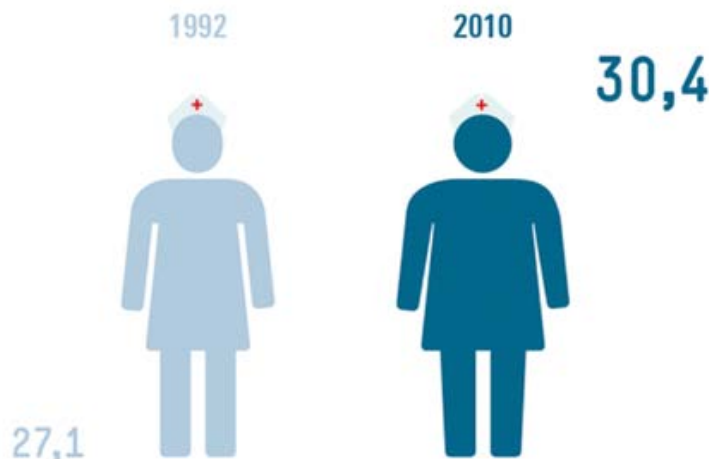
So haben die untersuchten Menschen langsam aber sicher an Gewicht zugelegt. Das lässt sich am Body-Mass-Index (BMI) ablesen, der das Gewicht ins Verhältnis zur Körpergröße setzt – ein Wert zwischen 18,5 und 25 gilt als „Normalgewicht“. Der Studie zufolge kam die durchschnittliche Pflegekraft im Jahr 1992 auf eine Größe von 1,65 Meter und ein Gewicht von 73,8 Kilogramm – damit lag ihr BMI bei 27,1. Bis zum Jahr 2010 nahm sie um 8,9 Kilogramm zu, was den BMI auf 30,4 steigen ließ. „Solche deutlichen gesundheitlichen Veränderungen, von leichtem Übergewicht bis zur Fettleibigkeit, wirken sich negativ auf die Lebensqualität der Betroffenen aus“, schreiben Kramer und Son.

## Übergewicht bei überlangen Arbeitszeiten

Einen eindeutigen Zusammenhang konnten die Forscher zwischen Übergewicht und überlangen Arbeitszeiten herstellen. Beschäftigte, die ständig überlange Arbeitszeiten hatten, wiesen einen höheren BMI auf – und schieden

## Gewichtiger Unterschied

So entwickelte sich der Body-Mass-Index bei Pflegekräften in den USA ...



Quelle: Kramer/Son 2016 Grafik zum Download: [bit.do/impuls0507](http://bit.do/impuls0507)

Hans Böckler Stiftung

**Eine durchschnittliche Pflegekraft in den USA kam 1992 auf einen BMI von 27,1. Bis zum Jahr 2010 stieg der Wert auf 30,4. Vor allem Beschäftigte, die ständig überlange Arbeitszeiten hatten, wiesen einen höheren BMI auf.**

zudem früher aus dem Beruf aus. Auch Schichtarbeit spielte eine Rolle: Wechselte eine Schwester oder ein Pfleger dauerhaft von Schichtarbeit auf regelmäßige Arbeitszeiten, bremste dies den Anstieg des BMI. Im Schnitt arbeiteten die Pflegerinnen und Pfleger 40,7 Stunden pro Woche; wobei die Wissenschaftler nur Beschäftigte zählten, die auf mindestens 25 Stunden beziehungsweise drei Tage in der Woche kamen. Nach Ansicht von Kramer und Son könnte sich die Gesundheit der Beschäftigten verbessern, wenn diese stärker selbst über Arbeitszeiten entscheiden dürfen. Die Arbeitgeber sollten daher mehr Freiheiten bei der Einteilung von Schichtdiensten gewähren, so die Forscher.

Quellen: Amit Kramer, Jooyeon Son: Who Cares about the Health of Healthcare Professionals? An 18-Year Longitudinal Study of Work Demands, Health, Job Satisfaction and Turnover among Nurses (pdf, kostenpflichtig), ILR Review, August 2016

Erschienen zum Artikel in Böckler Impuls 15/2016

## Aus dem PwC-Gutachten

... Das Problem ist vor allem der Altersdurchschnitt der Polizisten – fast 43 Prozent, also fast die Hälfte aller Polizisten im Nordosten sind über 50 Jahre alt. Dazu kommt der sehr hohe Krankenstand, vor allem auch bei den älteren Beamten, belegt das Gutachten. So fallen täglich etwa 500 Polizisten wegen Krankheit aus, umgerechnet sind das rund zehn Prozent aller Beamten.

Außerdem gibt es pro Tag etwa 750 Polizisten, die nur eingeschränkt diensttauglich sind. Das bedeutet: Sie dürfen keinen Polizeiwagen fahren, keinen Schichtdienst machen und auch die Dienstwaffe nicht nutzen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es also zu viele alte und zu kranke Polizisten, die zu häufig ausfallen und zu selten auf Streife geschickt werden können.



**ERGEBNIS DER KOALITIONSVERHANDLUNGEN**

# Minikameras für unsere Polizisten?

**Sogenannte Bodycams können nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Polizistinnen und Polizisten vor gewalttätigen Übergriffen besser schützen. In der unterzeichneten Koalitionsvereinbarung 2016 bis 2021 wurde auf Seite 64 ein Pilotprojekt für Bodycams angekündigt: „Für die Landespolizei sollen in einem Pilotprojekt Bodycams für den Einsatz an Kriminalitätsschwerpunkten angeschafft und in Streifenwagen eine Videokamera zur Eigensicherung installiert werden.“**

Viele Fragen zu den Bodycams erhielten wir von unseren Kollegen. Wir können zu diesen Fragen zwar keine komplette Studie liefern, aber vielleicht ist diese ersten Zusammenstellung hilfreich. Zukünftig werden die einzelnen Themenkomplexe weiter beobachtet und mit neuen Daten ergänzt, sodass wir Euch im Bedarfsfall eine Übersicht zur Verfügung stellen können.

Der Einsatz von Bodycams wird von immer mehr Behörden und Sicherheitsfirmen in Betracht gezogen. Am Anfang steht immer die Informationssammlung, die Überlegungen sind meist gleich:

- Was soll die Bodycam können/technische Anforderungen?
- Was gibt es für Erfahrungen bei anderen Behörden, z. B. über den deeskalierenden Effekt?
- Gibt es auch wissenschaftliche Untersuchungen dazu?

In Deutschland begann die Polizei sich mit Bodycams zu beschäftigen, um ein Mittel gegen die wachsende Gewalt gegen Polizeibeamte verfügbar zu haben. Gerade die alarmierenden Zahlen über die Angriffe, die 2016 bekannt wurden, sorgten für Informationsbedarf über das Gegenmittel Bodycam.

## Eine Hauptaufgabe der Bodycam ist demnach also: Deeskalieren!

Hierzu ist es hilfreich, wenn die Kamera aufgrund ihrer Form schon im ausgeschalteten Zustand als solche zu erkennen ist. Bei den Erfahrungsberichten ist erkennbar, dass der Hinweis auf die (noch ausgeschaltete) Kamera oft schon ausreicht, dass sich unruhige Personen selber bremsen.

## Der nächste Schritt ist dann, die Kamera einzuschalten:

Für den Bürger muss erkennbar sein, dass er nun „im Bilde“ ist und weitere Beleidigungen und Taten re-

gistriert werden. Dies geschieht einmal durch den mündlichen Hinweis des Kameraträgers, aber auch durch die Kamera selber: Piepton, blinkende rote LED und insbesondere ein Frontmonitor, auf dem der Bürger sich selber erkennt, zeigen ihm, dass es nun ernst wird.

## Wichtig für den Kameraträger:

Eine Bodycam kommt zum Einsatz, wenn es stressig wird. Dementsprechend muss die Bedienung der Kamera so einfach wie möglich gehalten sein.

Einschalten: Videoaufnahme läuft. Ausschalten: Videoaufnahme stoppt.

Wenn auch der Ton aufgezeichnet wird, lassen sich Beamtenbeleidigungen beweisen oder auch, dass der Beamte sich korrekt geäußert hat. Evtl. sind Funkgespräche aufgezeichnet und lassen somit eine exakte Rekonstruktion der Abläufe zu. Äußerungen in Fremdsprachen können später durch Dolmetscher übersetzt werden.

Zeugenaussagen lassen sich direkt aufzeichnen inkl. der Personalien.

## Dokumentation:

Bei der Aufzeichnung ist eine gute Qualität/Auflösung wichtig. Aufnahmen in Full-HD ermöglichen später, einwandfreie Standbilder auszudrucken, z. B. für eine Sofortfahndung.

Damit sich Unbefugte die Videoaufnahmen nicht ansehen können, falls die Kamera im Einsatz verloren gehen sollte, ist eine Verschlüsselung (AES 256) erforderlich. Die Entschlüsselung soll dann erst auf dem Revier möglich sein.

## Software:

Eine auf die Bodycam zugeschnittene Software erlaubt es dem Berechtigten (z. B. Administrator), die entsprechenden Einstellungen an der Kamera vorzunehmen.

## Datenschutz

Für den Datenschutz ist wichtig, dass der Zugriff auf die Aufnahmen auf bestimmte Berechtigte begrenzt werden kann und ein digitaler Fingerabdruck jeden Vorgang dokumentiert. Sehr wichtig ist dabei, wer Videos löschen darf bzw. wie lange nicht benötigte Aufnahmen gespeichert sind, bevor sie gelöscht werden. Die Software erfasst die Aufnahmen chronologisch und erlaubt Zusatzangaben (Tagebuchnummer/Aktenzeichen), um später die gesuchte Aufnahme schnell zu finden. Für die Übertragung der Aufnahmen auf einen Rechner sollte dabei immer eine feste physikalische Verbindung (Kabel) vorgezogen werden. W-LAN, Bluetooth oder LTE ist kritisch zu prüfen, denn hier bieten sich wieder Einfallstore für Hacker.

## Untersuchungen über die Wirksamkeit

Bei der Diskussion um Bodycams wird von Skeptikern gern behauptet, es gäbe ja noch gar keine Erkenntnisse oder Untersuchungen über die Wirksamkeit. Man „glaubt“, „befürchtet“, „hat Bedenken“ oder Ähnliches. Dabei gibt es bereits in Deutschland Ausarbeitungen dazu, z. B. an der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen entstand im 34. Studienjahrgang eine Diplomarbeit über die Einsatzmöglichkeiten von Bodycams bei verschiedenen Einheiten der Polizei. Die Arbeit ist als VS-nfD eingestuft und kann von berechtigten Behörden eingesehen werden.

Eine Diplomarbeit mit dem Titel „Bodycam – Ein sinnvolles Führungsmittel für die Bundespolizei“ entstand 2014 an der Fachhochschule des Bundes in Lübeck.

Ebenfalls bei der Bundespolizei entstand die Diplomarbeit „Bodycams in der Bundespolizei“. Dabei wurde beleuchtet, ob Bodycams einen Nährwert auf Bahnhöfen und der Bundesbereitschaftspolizei haben können und welche rechtlichen Voraussetzungen gegeben sein müssen.

Ein umfangreiches Gutachten zu den rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen des Bodycam-Einsatzes hat auch Prof. Dr. Mark Zöllner, Uni Trier, erstellt. Er hat das Pilotprojekt in Rheinland-Pfalz rechtswissenschaftlich im Auftrag des Innenministeriums begleitet.



**„Ja“**

„Ja, ich möchte den Mitgliederbereich des GdP-Webportals nutzen!“

**„Die Freischaltung“**

Landesbezirk/Bezirk:

**Mecklenburg-Vorpommern**

Mitglieds-Nr.:

Name:

Straße, Nr.:

PLZ:

Ort:

Telefon:

E-Mail:

Ort/Datum:

Unterschrift:

Organisations- und Service-  
Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei

– EDV-Abteilung –

Forststr. 3a

40721 Hilden

**Datenschutz-Einwilligungserklärung für GdP-Internetauftritte**

**1. Vorbemerkung**

Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) besteht im Internet unter der Internet-Adresse [www.gdp.de](http://www.gdp.de) eine eigene Homepage. Im Interesse der Darstellung der Ziele und Zwecke der GdP und einer damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit, um neue Mitglieder zu gewinnen, Mitglieder zu informieren und ihnen die Kommunikation mit der GdP und deren Mitgliedern über das Internet zu ermöglichen, werden nachfolgend aufgeführte, geschützte, personenbezogene Daten und Informationen im Einvernehmen mit dem Einwilligenden (Unterzeichner) eingestellt.

**2. Allgemeine Bemerkungen**

Wir möchten Sie darüber informieren, dass die im Zusammenhang mit Ihrer GdP-Mitgliedschaft erfassten Daten auch zur Überprüfung des Fortbestandes der Mitgliedschaft genutzt werden, sowie zur Prüfung von Zugangsvoraussetzungen für die geschlossenen Nutzerbereiche der Mitglieder. Die von Ihnen abgegebene Einwilligungserklärung erstreckt sich auch auf die Tatsache Ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit.

Die Daten werden über den Sachbearbeiter des für Sie zuständigen Bezirks/Landesbezirks zentral gespeichert. Die angegebenen Telefon-Nummern dienen ggf. auch dazu, Mobile Dienste anzubieten (z. B. SMS-Info-Dienste). Die angegebene E-Mail-Adresse wird ebenfalls für Informationsdienste genutzt (z. B. für den Newsletter-Versand). Die gespeicherten Daten werden zudem für Meinungsumfragen und für Informationsschreiben genutzt (per Post und per E-Mail/Internet).

Ihre Daten sind für andere Mitglieder nicht generell einsehbar. Bei der Teilnahme an Diskussionsforen werden für andere Mitglieder die von Ihnen erhobenen Daten ersichtlich, soweit dies zu Ihrer Identifikation erforderlich ist (Name, Mitglieds-Nr.).

Die über Sie gespeicherten Daten können von Ihnen jederzeit unter Ihrem persönlichen Profil eingesehen werden. Informationen, die im Zusammenhang mit Ihrer GdP-Mitgliedschaft stehen und der Verwaltung der Mitgliedschaft dienen, werden an diesem Ort nicht angezeigt. Die für Sie sichtbaren Daten können durch Sie jederzeit geändert werden.

Folgende Felder können zwecks Änderungsanzeige von Ihnen ergänzt und uns übergeben werden: Anrede, Name, Wohnort, Zeitungsbezug, Bankleitzahl/Konto-Nr., Telefon dienstl./privat, Telefon mobil, SMS ja/nein, Fax dienstl./privat, E-Mail dienstl./privat, Newsletter ja/nein.

Informiert werden Sie über die Feldinhalte: Kreis-/Bezirksgruppen-Nr., Geburtsdatum, Status, Sparte, Mitgliedermerkmal 1, 2 und 3. Sollten Sie hier fehlerhafte Einträge feststellen, teilen Sie uns dies bitte im Feld Bemerkung mit.

**3. Bemerkungen zur Einwilligungserklärung.** Die Einwilligungserklärung gilt – bis auf Widerruf – auch für jene Daten, die im Rahmen der Mitteilung von Änderungswünschen gespeichert wurden.

Ausreichende Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes wurden getroffen. Dennoch kann bei der Veröffentlichung/Nutzung von personenbezogenen Daten im Internet ein umfassender Datenschutz nicht garantiert werden. Die/der Unterzeichner/in ist über die Risiken einer eventuellen Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte hiermit informiert.

**4. Einwilligungserklärung für personenbezogene Daten im Internet.** In Kenntnis der vorgenannten Informationen erklärt der/die Unterzeichner/in seine/ihre Einwilligung zur Veröffentlichung bzw. Nutzung der genannten Daten im Internet. Die Einwilligung kann jederzeit gegenüber dem Vertretungsberechtigten Vorstand der GdP bzw. der Geschäftsführung der beauftragten Organisations- und Servicegesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH (OSG), schriftlich, ohne Angabe von Gründen, widerrufen werden.

Der/die Unterzeichner/in wird, soweit erforderlich, über das Internet den für die Mitgliederverwaltung zuständigen Vorstand bzw. den benannten Ansprechpartner über personenbezogene Änderungen im Hinblick auf die Aktualität des Internetauftritts informieren.

Ich erkläre hiermit meine Zustimmung zur Veröffentlichung genannter Daten, dies in Kenntnis über den jederzeit möglichen Widerruf der Zustimmung zur Berücksichtigung der Daten auf der Internetseite der GdP zu den unter 1. genannten Zwecken.

**Nach Eingang und Bearbeitung Ihres Original-Antrages (kein Fax oder E-Mail) übersenden wir Ihnen per Post Ihren Benutzernamen und Ihr Passwort.**

Sie können dann sofort den GdP-Mitgliederbereich nutzen.

